

**A N F R A G E** von Nadja Galliker (FDP, Eglisau) und Peter Vollenweider (FDP, Stäfa)

betreffend Fachkräftemangel «Kanton Zürich» versus «erhöhte Arbeitslosigkeit ab 50 Jahren»

In den Medien ist immer wieder das Wort «Fachkräftemangel» zu lesen. Insbesondere im Gesundheitswesen, aber auch in weiteren Bereichen, wie Informatik, soll ein erheblicher Mangel an Fachkräften bestehen. Gleichzeitig wird es zunehmend schwieriger, Arbeitnehmer ab 50 Jahren in den Arbeitsprozess zu integrieren. Gemäss einer Studie der OECD liegt die Langzeitarbeitslosenrate bei über 55-Jährigen bei über 60%. Ursächlich scheinen «fehlende oder veraltete Qualifikationen», die «abnehmende Flexibilität» und die «zunehmenden Sozialleistungen (BVG)», die der Arbeitgeber begleichen muss, verantwortlich zu sein.

Der Regierungsrat wird daher gebeten, folgende Fragen zur aktuellen Situation im Kanton Zürich zu beantworten:

1. In welchen Bereichen sieht der Regierungsrat den grössten Mangel an Fachkräften im Kanton Zürich?
2. Wie schätzt der Regierungsrat den Einfluss des Alters des Arbeitnehmers und der damit steigenden Löhne und Sozialkosten für den Arbeitgeber sowie die «allenfalls nicht dem neuesten Standard entsprechenden Diplome» auf den Fachkräftemangel ein?
3. Gedenkt der Regierungsrat sich auf nationaler Ebene konstruktiv einzubringen, sodass der negative Einfluss der zunehmenden BVG-Beiträge mit dem zunehmenden Alter neu geregelt werden könnte (Bsp. Einzahlungen ab dem 18. LJ, dafür Stagnation ab 40. LJ)?
4. Welche Anreize gedenkt der Regierungsrat zu setzen oder hat er bereits getroffen, damit ältere Leute im Arbeitsprozess integriert werden oder verbleiben können?
5. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat mit dem eigenen Personal?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, indem «Mindestarbeitsverweildauer» nach erfolgreichem Studiumabschluss respektive nach erfolgreich bestandenen beruflichen Qualifikationen definiert werden und bei Nichterfüllen derselben beispielsweise «Rückzahlungen» analog zur Privatwirtschaft eingefordert werden können?

Nadja Galliker  
Peter Vollenweider